

Konservativer Wahlsieg: Hintergründe und mögliche Auswirkungen der Präsidentschaftswahl in Südkorea

Peters, Mascha; Shim, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Peters, M., & Shim, D. (2008). *Konservativer Wahlsieg: Hintergründe und mögliche Auswirkungen der Präsidentschaftswahl in Südkorea*. (GIGA Focus Asien, 1). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276265>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Konservativer Wahlsieg: Hintergründe und mögliche Auswirkungen der Präsidentschaftswahl in Südkorea

Mascha Peters und David Shim

Am 19. Dezember 2007 wurde Lee Myung-bak, ehemaliger Oberbürgermeister Seouls und früherer Vorstandsvorsitzender eines Tochterunternehmens von Hyundai, zum neuen Präsidenten der Republik Korea gewählt.

Analyse:

Mit einem Stimmenanteil von 48,7 Prozent und einem Vorsprung von über 22 Prozent zum Zweitplatzierten erreichte der Kandidat der konservativen Grand National Party (GNP) den deutlichsten Sieg in der Geschichte demokratischer Wahlen in Südkorea. Der Wahlsieg Lees beendet eine zehn Jahre andauernde linksliberale Ära, die 1997 mit dem damaligen Präsidenten Kim Dae-jung begann. Allerdings sieht sich der neue Präsident Vorwürfen des Finanzbetrugs ausgesetzt, die ein Sonderermittler prüfen soll. Im Falle einer Verurteilung könnte es zu einer Neuwahl kommen.

- Der Regierungspartei Uridang gelang es bis zuletzt nicht, einen Kandidaten aufzustellen, der in der Lage gewesen wäre, die Konflikte innerhalb des zerstrittenen liberalen Lagers zu überbrücken. Erst im August hatte sich die Uri-Partei aufgelöst. Der Großteil ihrer Mitglieder trat der neu gegründeten United New Democratic Party (UNDP) bei.
- Weit verbreitete Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Regierung Roh gilt als Hauptursache für die Niederlage des Regierungslagers. Den Wachstumsraten von jeweils deutlich über vier Prozent in den vergangenen Jahren steht eine gefühlte Krise im Land gegenüber, die der designierte Präsident Lee in den Mittelpunkt seiner Wahlkampfstrategie stellte.
- Außenpolitisch sind vor allem eine Stärkung der Beziehungen zu den USA, Verbesserungen im Verhältnis zu Japan und eine stärker an Bedingungen geknüpfte Politik gegenüber Nordkorea zu erwarten.
- Außer einer möglichen Neuwahl im Falle einer Verurteilung Lees finden im April 2008 Parlamentswahlen statt, deren Ausgang die politische Durchsetzbarkeit einer Reihe von Lees Vorhaben bestimmt.

Schlagwörter: Südkorea, Präsidentschaftswahlen, Lee Myung-bak, Wirtschaft, Außenpolitik

1. Die Präsidentschaftswahl vom Dezember 2007

Bei einer für südkoreanische Verhältnisse geringen Wahlbeteiligung von nur knapp 63 Prozent (2002: 70,8 %, 1997: 80,7 %) konnte bei der Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2007 der Kandidat der Grand National Party, Lee Myung-bak, mit knapp 48 Prozent einen klaren Sieg verbuchen. Der Sieg Lees bedeutet eine Zäsur für die präsidial geprägte südkoreanische Politik: Nach zehnjähriger liberaler Herrschaft wurde wieder ein Konservativer in das Amt des Staatspräsidenten gewählt. Die Unterschiede zur letzten Präsidentschaftswahl sind signifikant: Während 2002 ein ehemaliger Menschenrechtsanwalt aufgrund seiner politischen Integrität gewählt wurde, hat mit Lee Myung-bak ein ehemaliger Konzernchef die Wahl für sich entschieden, dessen mögliche Verwicklungen in einen Betrugsskandal gegenwärtig geprüft werden.

Neben Lee Myung-bak waren Chung Dong-young als Kandidat der liberalen United New Democratic Party (UNDP) sowie der parteilose Lee Hoi-chang zur Wahl angetreten. Chung, einstiger Weggefährte des noch amtierenden Präsidenten Roh Moo-hyun, hatte die von ihm mit gegründete Uri-Partei im Juni 2007 verlassen und war im Oktober zum Präsidentschaftskandidaten der erst im Sommer neu gegründeten UNDP gewählt worden. In den Monaten zuvor hatten innerparteiliche Differenzen zum Verlust der Parlamentsmehrheit und zum Austritt Rohs aus der Uri-Partei geführt. Chung, der seine Kampagne ganz gegen Lee Myung-bak ausgerichtet hatte, erhielt am 19. Dezember 28 Prozent der Stimmen.

Der parteilose Lee Hoi-chang, der bereits 1997 gegen Kim Dae-Jung und 2002 gegen Roh erfolglos angetreten war, erreichte 15 Prozent der Stimmen. Der ehemalige Oberste Richter war einst Parteivorsitzender der Grand National Party (GNP) und erst vor wenigen Monaten aus der GNP ausgetreten. Lee hatte sich den südkoreanischen Wählern als der eigentliche konservative Kandidat präsentiert und sich vor allem durch eine harte Linie gegenüber Nordkorea hervorgetan.

Einen Achtungserfolg von 5,8 Prozent erzielte der Kandidat der Creative Korea Party, Moon Guk-hyeon. Der ehemalige Unternehmer hatte sich erst vor fünf Monaten zur Kandidatur entschlossen. Moon gilt als „sauberer Manager“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.2007), zu dessen unternehmerischen Erfolgen vor allem zählt, sein Un-

ternehmen Yuhan Kimberly erfolgreich aus der Asienkrise geführt zu haben.

Anders als vor fünf Jahren spielten die südkoreanischen „Netizen“ in diesem Wahlkampf keine Rolle. Präsident Roh, dem seinerzeit als politischem Außenseiter keinerlei Chancen eingeräumt wurden, hatte im Verlauf seines Wahlkampfes von groß angelegten Unterstützungskampagnen seiner Anhänger profitiert, die hierfür unter anderem Internetforen nutzten und erhebliche Mobilisierungserfolge erzielen konnten. Demgegenüber war weder das Ergebnis dieser Wahl knapp, noch handelte es sich bei dem ehemaligen Seouler Oberbürgermeister um einen Unbekannten. Lee saß bereits vor seinem 30. Geburtstag im Direktorium von Hyundai. Er galt als Protégé des Firmenchefs Chung Ju-yung, bis er 1992 wegen einer Bagatelle in Ungnade fiel und in die Politik wechselte. 1998 musste er sein Mandat wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz niederlegen, wurde aber zwei Jahre später von Präsident Kim Dae-jung begnadigt und 2002 zum Oberbürgermeister von Seoul gewählt.

Lee Myung-bak steht für Pragmatismus. Als Oberbürgermeister Seouls hatte er es sich zum Ziel gemacht, die Elf-Millionen-Metropole grüner und lebenswerter zu machen. Er ließ Grünflächen anlegen und sorgte für eine Neuordnung des öffentlichen Busverkehrssystems. Als einer der Hauptgründe für sein erfolgreiches Abschneiden bei der Präsidentschaftswahl dürfte gelten, dass ihm zugetraut wird, die koreanische Wirtschaft weiter anzukurbeln. Zwar können die südkoreanischen Wachstumszahlen als stabil gelten, und auch die Arbeitslosenquote von drei Prozent ist vergleichsweise niedrig. Lee hat jedoch in der „Vision 747“ überaus ambitionierte Ziele formuliert: Mit Wachstumsraten von sieben Prozent in den nächsten sieben Jahren will er ein Pro-Kopf-Einkommen von 40.000 Dollar und Platz sieben unter den Volkswirtschaften dieser Welt erreichen.

2. Bilanz der Amtszeit Roh Moo-hyuns

2003 übernahm Roh Moo-hyun das Präsidentschaftsamt von Kim Dae-jung. Im Wahlkampf hatte sich Roh ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem konservativen Kandidaten Lee Hoi-chang geliefert, das er schließlich mit rund zwei Prozentpunkten Vorsprung für sich entscheiden konnte. Der politische Außenseiter, dem zunächst keiner-

lei Chancen eingeräumt worden waren, gewann nach einem vor allem im Internet geführten Wahlkampf. Als ausschlaggebend galt auch die zum Zeitpunkt des Wahlkampfes betont antiamerikanische Stimmung im Land, die in der Person des linksliberalen Kandidaten Roh Moo-hyun ein Ventil fand. Zu seinen erklärten außenpolitischen Zielen gehörten die Neudefinition der Beziehungen zu den USA und eine Fortführung der Nordkoreapolitik seines Vorgängers. Innenpolitisch kündigte Roh Reformen des Steuer- und Bildungssystems, eine gewerkschaftsfreundlichere Politik sowie erhöhten Druck auf die südkoreanischen Unternehmenskonglomerate, die Chaebol, an.

Bereits der Beginn seiner Amtszeit war von Schwierigkeiten geprägt: Die Opposition hielt die Parlamentsmehrheit, im ersten und zweiten Quartal 2003 gab es im Vergleich zum Vorjahr ein Minuswachstum und der Norden drohte mit der Wiederaufnahme seines Atomprogramms. Aufgrund innerparteilicher Konflikte spaltete sich 2003 die von Kim Dae-jung gegründete Millennium Democratic Party, wodurch die Machtbasis des Präsidenten auf weniger als 50 Abgeordnete schrumpfte. Zusätzlich setzte ihn eine Spendenaffäre um einen seiner langjährigen Berater unter Druck. Im März 2004 beschloss das Parlament zudem, ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten: Die Oppositionsparteien warfen Roh vor, im Wahlkampf für die bevorstehende Parlamentswahl seine Pflicht zu parteipolitischer Neutralität missachtet und zur Wahl der ihm nahe stehenden Uri-Partei aufgerufen zu haben. Die südkoreanische Öffentlichkeit lehnte das parteipolitisch motivierte Amtsenthebungsverfahren jedoch mehrheitlich ab und verhalf der Regierung bei den Parlamentswahlen am 15. April 2004 zu einem erdrutschartigen Sieg. Das Verfassungsgericht erklärte schließlich im Mai 2004 das Amtsenthebungsverfahren für nichtig.

Nicht nur die Regierung Roh, auch die südkoreanische Demokratie ging gestärkt aus dieser Bewährungsprobe hervor. Beobachter konstatierten ein Ende der „Ära der Kims“ in der südkoreanischen Politik: Trotz ihrer Verdienste um den demokratischen Konsolidierungsprozess der südkoreanischen Demokratie hatte der Führungsstil der ehemaligen Präsidenten Kim Young-sam und Kim Dae-jung als konservativ und autokratisch gegolten. Die Ära Roh stand demgegenüber für einen Neuanfang: Die 2004 gewählten Parlamentarier waren jünger, der Frauenanteil hatte sich mehr als verdoppelt und mehr als zwei Drittel der

Abgeordneten waren parlamentarische Neulinge. Sie gehörten sechs Parteien an, so vielen wie seit 1985 nicht mehr, und zum ersten Mal war mit der Democratic Labor Party eine eindeutige Linkspartei im Parlament vertreten. Mit Han Myong-sook bekleidete seit 2006 zudem erstmals eine Frau den Posten des südkoreanischen Premierministers.

Zu den Verdiensten der Regierung Roh zählt eine stärkere Unabhängigkeit der Gerichte. Für internationales Aufsehen sorgte nicht nur das Urteil gegen den Hyundai-Chef Chung Mong-koo im März 2007, sondern auch ein Urteil des Obersten Gerichts aus dem Jahr 2005, das der verheirateten Frau erstmals das gleiche Erbrecht wie dem Ehemann zuspricht. Zustimmung erfuhr auch die Außenpolitik Rohs wegen der erfolgreichen Verhandlungen über das koreanisch-amerikanische Freihandelsabkommen (KORUS FTA), in dem sich die USA und Südkorea auf die nahezu vollständige Beseitigung der zwischen ihnen bestehenden Zoll- und Handelsschranken einigten. Obwohl die Ratifizierung durch den US-Kongress und die südkoreanische Nationalversammlung noch aussteht, zeigt dies einmal mehr, welchen Stellenwert wirtschaftlicher Erfolg für die südkoreanischen Wähler hat. Zu den drängenden Problemen in diesem Zusammenhang zählen die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, die Verschuldung der privaten Haushalte und die Abwanderung von Betrieben aller Größenordnungen nach China.

Bei den landesweiten Kommunal- und Provinzwahlen im Mai 2006 musste die Regierung eine verheerende Wahlniederlage hinnehmen. Die große Mehrheit der Bevölkerung zeigte sich immer unzufriedener mit der Politik ihres Präsidenten, die in den Ruf geriet, widersprüchlich und mitunter wenig durchdacht zu sein. So wurde eines von Rohs Hauptvorhaben, die Verlegung des Regierungssitzes in die Provinz, durch welche die Hauptstadt Seoul entlastet werden sollte, vom Obersten Gericht für verfassungswidrig erklärt. Um den in Südkorea stark ausgeprägten Regionalismus einzudämmen, schlug der Präsident 2005 der Oppositionspartei GNP vor, in die Regierung einzutreten, um als große Koalition gemeinsam Wahlrechtsreformen durchzusetzen. Dies stieß allerein auf Ablehnung. Ebenfalls musste Roh seinen Vorstoß für eine Verfassungsänderung, die eine einmalige Wiederwahl des Staatsoberhauptes ermöglichen sollte, wieder zurückziehen. Außenpolitisch geriet er immer wieder unter Beschuss, weil er an der Stationierung südkoreanischer Einhei-

ten im Nordirak festhielt. Das Geiseldrama vom Sommer 2007, im Zuge dessen zwei Südkoreaner in Afghanistan den Tod fanden, verstärkte die entsprechende Kritik.

Die Regierungspartei löste sich vier Monate vor den Präsidentschaftswahlen auf, war aber bereits im Januar 2007 auseinander gebrochen und hatte ihren Status als stärkste Parlamentspartei eingebüßt. Viele Politiker der Uri-Partei forderten Rohs Austritt, um nicht mit dem schlechten Image der Regierung belastet zu werden und die Chancen für Zusammenschlüsse mit kleineren linken und zentristischen Parteien zu erhöhen. Nach wochenlangen Spekulationen trat der Präsident im Februar 2007 schließlich aus der Partei aus. Der Regierung gelang es nicht, systematisch einen Nachfolger aufzubauen, der in der Lage gewesen wäre, die innerparteilichen Lager zu einigen und tragfähige Bündnisse mit anderen Parteien einzugehen. Noch im Juni 2007 verließ Chung Dong-young die Uri-Partei, die in den nicht einmal vier Jahren ihres Bestehens acht Vorsitzende hatte.

Letztlich konnte die Regierung Roh trotz guten Willens nur bedingt Erfolge vorweisen. Durch innerparteiliche Konflikte schwächte sich das Regierungslager zunehmend selbst und verspielte so den Vertrauensvorsprung, den es im Zuge der Parlamentswahlen 2004 erhalten hatte. Der Präsident scheiterte mit mehreren Vorhaben, etwa zur Verlegung der Hauptstadt oder zur Reform der Chaebol, und beschädigte dadurch seine persönliche Reputation, woran auch die Ergebnisse des zweiten Gipfeltreffens mit dem nordkoreanischen Staatsführer Kim Jong-il im Oktober 2007 nichts mehr ändern konnten.

3. Wofür steht Lee Myung-bak?

3.1. Außen- und Sicherheitspolitik

Hinsichtlich der innerkoreanischen Beziehungen kann davon ausgegangen werden, dass Lee eine eher pragmatische als ideologisch motivierte Politik gegenüber Nordkorea verfolgen wird. Einbindung und Zusammenarbeit sollen nach wie vor zentrale Bestandteile der südkoreanischen Nordkoreapolitik sein. So befürwortet der neue Präsident auch die Fortsetzung innerkoreanischer Kooperationsprojekte wie des Industrieparks Gaesong und des Tourismusprojekts am Diamantengebirge sowie regelmäßige Gipfeltreffen zwischen Nord-

und Südkorea. Es überrascht insofern nicht, dass der neue Präsident für den Norden ein umfassendes Entwicklungskonzept formuliert hat und damit eine Fortschreibung der unter Kim Dae-jung eingeführten Einbindungspolitik gegenüber Nordkorea andeutet. Punkte dieser „Denuklearisierung und Öffnung 3000“ genannten Strategie umfassen beispielsweise die Anhebung des nordkoreanischen Pro-Kopf-Einkommens von zurzeit 500 US\$ auf 3.000 US\$ bis zum Jahr 2018 und die Bereitstellung von Wirtschaftshilfen in Höhe von 40 Mrd. US\$, unter anderem durch internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder die Asiatische Entwicklungsbank (GNP 2007). Allerdings soll es eine starke Verknüpfung dieser Hilfsangebote mit der vollständigen nuklearen Abrüstung Nordkoreas geben. Die Betonung der Abhängigkeit der wirtschaftlichen und humanitären Hilfsmaßnahmen von der nuklearen Abrüstung Pyongyangs bedeutet eine Umkehr gegenüber Rohs Nordkoreapolitik. Auch Lees Appell an Nordkorea, innere Reformen einzuleiten und die Menschenrechte zu wahren, offenbart einen neuen Ton im Umgang mit Pyonyang. Die bisherige Regierung vermied es, Nordkorea öffentlich zu kritisieren, weil man negative Auswirkungen auf die innerkoreanische Annäherung befürchtete. Hinsichtlich der neuen großen Kooperationsprojekte, die im Rahmen des zweiten Gipfeltreffens vereinbart worden waren, äußerte Lee, seine Regierung sehe sich nicht in der Pflicht, diese zu verwirklichen. Die Umsetzung der von Lee intendierten Nordkoreapolitik könnte sich jedoch als schwierig erweisen, da die Denuklearisierung Nordkoreas nicht allein von Südkoreas Politik abhängt, sondern im Kontext der so genannten Sechs-Parteien-Gespräche verhandelt wird, an denen neben den beiden koreanischen Staaten auch die USA, China, Japan und Russland teilnehmen. Erst zum Jahreswechsel hatte Pyonyang die Frist für die Offenlegung aller nuklearen Programme des Landes verstreichen lassen.

Die Nordkoreapolitik der Regierungen in Seoul und Washington hat stets eine besondere, mitunter auch belastende Rolle in den bilateralen Beziehungen beider Länder gespielt. Lee erklärte hierzu, dass die Beziehungen beider Länder in den letzten Jahren nicht durchgängig schlecht gewesen seien, beklagte aber das fehlende Vertrauen zwischen den traditionellen Sicherheitspartnern, das er wieder herzustellen beabsichtige (Yonhap, 20.12.2007). Eine Meinungsumfrage vom Dezem-

ber letzten Jahres scheint ihn zu bestätigen: Knapp 44 Prozent der südkoreanischen Bürger befürworten demnach eine Stärkung der Allianz mit den USA und gaben als Begründung dafür fehlendes Vertrauen im bilateralen Verhältnis an (Korea Times, 31.12.2007). In bestimmten Fragen der Außen-, Sicherheits- oder Wirtschaftspolitik scheint es im Gegensatz zur Regierung Roh mehr Übereinstimmungen zwischen Washington und der neuen Führung in Seoul zu geben. So hatte Roh stets eine aktive Teilnahme am US-amerikanisch-japanischen Raketenschirm und der US-geführten Proliferation Security Initiative ausgeschlossen, um Nordkorea nicht zu provozieren. Diese Haltung könnte von der neuen Regierung überdacht werden, falls sich die sicherheitspolitische Lage auf der koreanischen Halbinsel verschlechtert (Korea Herald, 26.12.2007). Auch bei der Frage der vollständigen Öffnung des südkoreanischen Marktes für US-amerikanisches Rindfleisch kann mehr Entgegenkommen von der Regierung in Seoul erwartet werden. Diese hatte nach der Entdeckung von BSE-verseuchtem Rindfleisch ein Importverbot verhängt. Der US-Kongress hat die Öffnung zur Bedingung für die Ratifizierung des bilateralen Freihandelsabkommens gemacht, dessen Bestätigung den drittgrößten Freihandelsraum der Welt schaffen würde.

In Bezug auf das südkoreanisch-japanische Verhältnis deutet sich eine Verbesserung in den Beziehungen an. Zwischen Seoul und Tokyo kam es unter Roh und dem ehemaligen japanischen Premierminister Jun'ichirō Koizumi zu zum Teil heftigen Konfrontationen wie im Frühling 2005, als die südkoreanische Regierung erklärte, man sei wegen territorialer und historischer Streitigkeiten zum „diplomatischen Krieg“ mit Japan bereit (Straits Times Interactive, 24.3.05). Doch in Japan regiert seit September letzten Jahres mit Yasuo Fukuda ein auf Ausgleich bedachter Premierminister, sodass eine verstärkte Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen scheint. Hier wäre zum Beispiel eine Wiederbelebung der seit November 2004 ins Stocken geratenen Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen – erklärtes außenwirtschaftspolitisches Ziel beider Länder – vorstellbar. Möglichkeiten einer intensivierten sicherheitspolitischen Kooperation sind im Kontext der Trilateral Coordination and Oversight Group (TCOG) denkbar, die in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat. Besonders eine verbesserte politische Abstimmung innerhalb der Sechs-

Parteien-Gespräche scheint hier wahrscheinlich. Als positive Geste ist nicht nur das persönliche Gespräch zwischen dem neuen Präsidenten und dem japanischen Premierminister Fukuda unmittelbar nach Lees Wahlsieg zu werten, sondern auch die Einladung an Seoul, im kommenden Juli am G8-Gipfel in Japan teilzunehmen. Insgesamt bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit sensible Themen, beispielsweise die anhaltenden Streitigkeiten um die Zugehörigkeit der Inseln Dokdo/Takeshima oder die umstrittene Darstellung der japanischen Kolonialzeit in japanischen Schulbüchern, die bilateralen Beziehungen erneut belasten werden.

Mit China, dem größten Handelspartner Südkoreas, plant Lee eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Unter Roh hatte die südkoreanische Regierung versucht, eine vermittelnde Rolle zwischen den USA und China einzunehmen. Diese Politik des Ausgleichs wurde aber als eine stärkere sicherheitspolitische Orientierung an China ausgelegt und hat für Irritationen im Verhältnis zwischen Seoul und Washington gesorgt. Die Beziehungen zu Russland werden überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Energiesicherheit betrachtet. So hat Lee zum Beispiel Interesse an einer gemeinsamen Erschließung der Energieressourcen in der ostsibirischen Region bekundet, die vor allem vom russischen Präsidenten Wladimir Putin vorangetrieben wird. Neben Verbesserungen in den Beziehungen zu den USA und Japan sowie einer intensiveren Zusammenarbeit mit China und Russland sieht die außenpolitische Agenda Lees vor, den Einfluss Seouls in globalpolitischen Fragen wie der internationalen Klimapolitik oder Krisenprävention zu stärken. So sollen die Beteiligung an friedenserhaltenden Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, wie gegenwärtig im Libanon, ausgeweitet und die Ausgaben für Entwicklungshilfen gesteigert werden.

3.2. *Innenpolitik*

Innenpolitisch sind vor allem Reformen in den Bereichen des öffentlichen Sektors und der Wirtschaftspolitik zu erwarten. Angekündigt sind Umstrukturierungen im Regierungssystem, wie die Zusammenlegung einiger Ministerien und Behörden. So sollen Zuständigkeiten des Bildungsministeriums an das Wissenschafts- und Technologieministerium sowie an andere behördliche Bildungseinrichtungen abgegeben werden. Einige

Einrichtungen wie das Presse- und Informationsamt GIA (Government Information Agency) sollen aufgelöst werden. Weiterhin ist geplant, die staatliche Korea Development Bank zu privatisieren und den Erlös für die Förderung von Klein- und mittleren Unternehmen zu verwenden. Der Regierungsapparat war unter Roh stark gewachsen, die Zahl regierungsamtlicher Ausschüsse stieg um das Zweieinhalbfache und die Zahl staatlicher Bediensteter wuchs um 65.000 auf knapp 960.000 an. Die neue Regierung hat angekündigt, dass es keine Massenentlassungen geben soll, lässt jedoch die Frage unbeantwortet, wie eine Verschlinkung des Staates bei gleich bleibender Zahl von Regierungsbeamten möglich sein soll.

In der Wirtschaftspolitik sind wichtige Änderungen in der Steuer- und Grundstücks politik sowie gegenüber Großunternehmen zu erwarten. Lee kündigte Steuersenkungen in Höhe von ca. 13,5 Mrd. US\$ (12,6 Bio. KRW) in Bereichen wie der Unternehmens-, Mineralöl- und Immobilienbesteuerung an. Um die ambitionierten Wachstumsziele zu erreichen, hat Lee zudem staatliche Nachfrageprogramme wie den Bau schiffbarer Kanäle quer durch die südkoreanische Halbinsel geplant, deren Umsetzung allerdings schwierig erscheint. Vor allem die südkoreanischen Chaebol werden von der geplanten Deregulierung der Bestimmungen für Firmenzusammenschlüsse, von Begrenzungen bei Kapitalbeteiligungen und von Lockerungen der Regeln für den Besitz von Banken profitieren. Lee, selbst ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Hyundai Engineering and Construction, verfügt über weit reichende Kontakte zu den großen Industriekonglomeraten. Bezeichnend war seine Aufforderung unmittelbar nach seinem Wahlsieg an diverse Konzernchefs im Rahmen eines Besuchs beim Wirtschaftsverband der Großunternehmen (Federation of Korean Industries), ihn direkt anzurufen, falls sie Hilfe benötigten.

4. Präsidentschaft unter Vorbehalt?

Zurzeit prüft ein vom Parlament berufener Sonderermittler Vorwürfe gegen Lee, die die Tatbestände Börsenmanipulationen, Veruntreuung und Betrug umfassen. Dem designierten Staatspräsidenten wird zur Last gelegt, während seiner Zeit als Oberbürgermeister von Grundstücksverkäufen profitiert und bei seiner Registrierung als Präsidentschaftskandidat falsche Angaben über sein

Vermögen gemacht zu haben. Zum Verhängnis könnte Lee aber vor allem eine Verwicklung in die BBK-Affäre werden. Der Gründer des Wertpapierunternehmens BBK, Kim Gyeong-jun, wurde im November 2007 von den USA an Südkorea ausgeliefert, wo er sich wegen Aktienkursmanipulationen und Veruntreuung von Anlegergeldern verantworten muss. Kim gab an, dass Lee Myung-bak Eigentümer der BBK und damit Hauptverantwortlicher für die Vorgänge gewesen sei, was Lee bestritt. Die Staatsanwaltschaft hatte Lee zwar Anfang Dezember von den Vorwürfen entlastet, drei Tage vor der Wahl war jedoch ein Video aus dem Jahr 2000 aufgetaucht, in dem Lee zu sehen ist, wie er in einer Rede über die von ihm gegründete Firma BBK berichtet. Das Parlament beschloss daraufhin die Einsetzung eines Sonderermittlers, der noch vor der offiziellen Amtseinführung am 25. Februar seinen Bericht vorlegen muss. Damit könnte sich in den nächsten Wochen eine außergewöhnliche Situation ergeben, falls man Lee tatsächlich anklagen und des Betruges für schuldig befinden würde. Bei einer Verurteilung würde ihm die Aberkennung des Wahlsiegs drohen und eine Neuwahl würde folgen.¹ Zudem finden im April 2008 Parlamentswahlen in Südkorea statt, deren Ausgang durch die Vorlage der Untersuchungsergebnisse beeinflusst werden könnte. Lee benötigt für eine Reihe politischer Vorhaben die Zustimmung der Nationalversammlung, in der seine Partei aber gegenwärtig über keine Mehrheit verfügt, was die Durchsetzbarkeit seiner Pläne erschwert.

Literatur

GNP (Grand National Party) (2007): Hannaradang Daebukjeongchaek [Die Nordkoreapolitik der Großen Nationalpartei], 15.11.2007, www.hannara.or.kr (Zugriff: 02.01.2008).

¹ Allerdings kann ein eventueller Gerichtsprozess auch bis auf das Ende seiner Amtszeit 2013 verschoben werden.

■ Die Autorin und der Autor

Mascha Peters, M. A., ist Doktorandin am GIGA Institut für Asien-Studien und Stipendiatin der Korea Foundation.

E-Mail: peters@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/peters>.

David Shim, M. A., ist Doktorand und Forschungsassistent/Projektmitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien.

E-Mail: shim@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/shim>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das GIGA beschäftigt sich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme) mit der Konsolidierung junger Demokratien. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Rolle und den Leistungen von politischen Akteuren wie Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gerichten und Medien. Zwei in diesem Forschungsschwerpunkt angesiedelte Promotionsvorhaben analysieren die politische Nutzung des Internet in Südkorea und die Rolle des südkoreanischen Verfassungsgerichts nach dem Übergang zur Demokratie.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Kern, Thomas (2007): Südkoreas Zivilgesellschaft: Leistungen und Herausforderungen, GIGA Focus Asien, Nr. 6.

Kern, Thomas (2005): Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel, Frankfurt a. M./New York.

Köllner, Patrick (2007): South Korea: Domestic Politics and Economy 2006-2007, in: Frank, Rüdiger/Hoare, James/Köllner, Patrick/Pares, Susan (Hg.): Korea Yearbook 2007 – Politics, Economy, Society, Leiden/Boston, S. 9-24.

Köllner, Patrick (2005): Politisches System Südkoreas, in: Kern, Thomas/Köllner, Patrick Hg.): Südkorea und Nordkorea – Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt a. M./New York, S. 70-90.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM